

An den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Joachim Gauck
Schloss Bellevue
Spreeweg 1
10557 Berlin
Deutschland

Sehr geehrter Herr Bundespräsident ,

heute wende ich mich als zutiefst sorgenvoller Bürgerin der Bundesrepublik Deutschland an Sie.

Am 24. Januar 2014 erschien ein Interview in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in dem Sie sagten: "Die flächendeckende Speicherung von Kommunikationsdaten der Bürger ist nicht hinnehmbar." Frank Schirmmacher zitierte Sie auch so wortwörtlich auf Twitter.[1]

Nach dieser Aussage von Ihnen wäre es uns Bürgerinnen und Bürgern gegenüber unverantwortlich, wenn Sie das geplante Gesetz zur Höchstspeicherfrist unterzeichnen und damit den Weg freimachen würden für eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung.

Sie wissen, dass Vorratsdatenspeicherung bedeutet, dass alle Bürgerinnen und Bürger die totale Erfassung und Speicherung des Kommunikationsverhaltens hinnehmen müssen. Diese ist mit unserem Grundgesetz unvereinbar. Verschiedene Studien haben bewiesen, dass Vorratsdatenspeicherung nichts zur Verbrechensbekämpfung beiträgt. [2]

Die Gefahr durch politischen, wie behördlichen Missbrauch, sowie die Möglichkeit der Einschränkung der Pressefreiheit, gefährden unsere Freiheit und unsere Demokratie.

Ein Bundestagsabgeordneter hat in einem Selbstversuch bewiesen, was es für den einzelnen Menschen bedeutet, wenn all diese Daten in die falschen Hände kommen. [3]

Sie selbst, Herr Bundespräsident, haben in der ehemaligen DDR erlebt, welches Klima die staatliche Überwachung und Bespitzelung der Bürgerinnen und Bürger schafft. Warum sollten Bürgerinnen und Bürger einem Staat vertrauen, der ihnen misstraut?

Sie persönlich sind in der DDR engagiert für Freiheit und Demokratie eingetreten.

Wir wollen nicht in einem Überwachungsstaat leben.

Darum bitten wir Sie, erinnern Sie sich. Bekämpfen Sie Ansätze, unsere Freiheit gesetzlich einzuschränken. Engagieren Sie sich für lebendige Demokratie.

Machen Sie von Ihrem von der Verfassung zugestandenen Recht Gebrauch, dieses Gesetz nicht zu unterschreiben, wenn Sie die Bundesrepublik Deutschland vor Schaden bewahren wollen.

Ich glaube fest daran, dass die Verfassungsväter dazu das Unterschriftenrecht des Bundespräsidenten geschaffen haben. Wenn es auch sonst ein eher formaler Akt zum Inkrafttreten eines Gesetzes ist, haben Sie die Möglichkeit, der Politik die Grenze aufzuzeigen, falls es der Einzelfall gebietet, um die Verfassung zu schützen.

Nur Diktaturen benötigen eine vollständige Überwachung ihrer Bürger.

Stoppen Sie das Gesetz. Wir bitten Sie, Herr Gauck, unterschreiben Sie nicht!

Mit freundlichen Grüßen

--

[1]<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauck-im-interview-einwanderung-tut-diesem-land-gut-12766570.html>

[2]http://vds.brauchts.net/MPI_VDS_Studie.pdf

[3]<http://www.zeit.de/datenschutz/malte-spitz-vorratsdaten>